

und den Bereich der Gestaltung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen für Frauen in Ausbildung und Beruf, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für Work-Life-Balance für Frauen und Männer, für Chancengerechtigkeit in unserer Gesellschaft. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit:

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

• **Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen Dank, Frau Ministerin Fischer. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen sehe ich nicht mehr.

Ich mache an dieser Stelle den Hinweis, dass die Abstimmung über den Einzelplan 11 erst nach der Beratung über den Bereich 13 - Migration - erfolgt.

Ich rufe nunmehr den **Bereich 7** auf:

Wissenschaft und Forschung

Damit ist der Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung - angesprochen.

Ich weise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 13/4806 hin, eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion dem Kollegen Kuhmichel das Wort.

Manfred Kuhmichel (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, welches Wort am Ende dieses Jahres die Chance hat, das Wort des Jahres zu werden. Aber ich glaube, das Wort "Eliteuniversität" hat zurzeit sehr gute Chancen.

Meine Damen und Herren, aus dem vermeintlich großen Wurf des Bundeskanzlers wurde - das haben wir alle erlebt - ein klassischer Bumerang. Auf den Ruf nach deutschen Elitehochschulen folgte das vernichtende Echo aus dem Kreis unserer Hochschulleitenden, der Hochschulleitungen, bundesweit, aber auch und gerade hier bei uns. Aus einem politischen Ablenkungsmanöver wurde eine offene Abrechnung mit den hochschulpolitischen Fehlleistungen hier in diesem Land. Des Bundeskanzlers neueste Show wurde öffentlich in ihre Einzelteile zerlegt. Ich darf ein wenig aus dem bundesdeutschen und auch aus dem nordrhein-westfälischen Blätterwald zitieren.

Prof. Labisch, der neue Rektor der Uni Düsseldorf, sagt, da könne er nur lachen. Er wünscht mehr Freiheit für die Hochschulen, er wünscht mehr Unabhängigkeit und weniger staatliche Einflussnahme, und er setzt auch für sein Haus auf ein Modell "Stiftungshochschule", ein Begriff, der hier wirklich schon des Öfteren eine große Rolle gespielt hat, von uns vorgetragen, von Ihnen, von

Rot-Grün und der ministeriellen Seite, zurückgewiesen. Hier wird es noch einmal offen gefordert. Man muss sich also schon wundern.

Steinbrück, unser Ministerpräsident, äußert, dass er den Begriff "Eliteuniversität" für äußerst unglücklich und kontraproduktiv hält, der Begriff beschwere die Diskussion über die Leistungsfähigkeit der Hochschulen.

Die Unis im Ruhrgebiet begehren neuerdings auf. Frau Ministerin, das können Sie nicht einfach so wegtun, da ist was dran, da baut sich etwas auf. Darüber ist in der Tat wirklich, und zwar kurzfristig, nachzudenken und zu beraten, was wir hier tun können, um diese Landschaft nicht vollkommen abzukoppeln.

Dann lesen wir: "Rotstift bei studentischen Hilfskräften", auch ein Ausfluss der Haushaltsmisere hier. Und das vor dem Hintergrund der Diskussion "Elitehochschulen". Es passt nichts zusammen.

Oder: "Kraft-Akt" - Sie sind gemeint, Frau Ministerin. Mit den Namen ist das so eine Sache. Mir geht es ja so ähnlich. "Kraft-Akt löst Proteste aus". In Aachen hatten Sie es schwer, weil 400 Studenten der Fachhochschule wegen des Stellenabbaus und der übertriebenen Eile der Umsetzung bei Bachelor und Master demonstrierten. Und dann lese ich in der "Westdeutschen Zeitung": "Hohn und Spott für Elite-Unis. Wuppertals Rektor Volker Ronge hält die Regierungspläne in Berlin für Unsinn. Sein Kollege Alfons Labisch in Düsseldorf fordert mehr Freiheiten." Auch hier wieder: Stiftungshochschulen und die vernichtende Bilanz von Labisch, in Düsseldorf gebe es einen chronischen Mangel an Geld, Autonomie und Konkurrenz, nichts sei zu bewegen. "Wir bekommen nicht einmal die Mittel, die man uns 2002 im Rahmen der Zielvereinbarungen zugesagt hat." Und so weiter und so fort!

Also ein vernichtender Reflex auf diese Idee aus Berlin, von Scholz und Schröder, einfach Eliteuniversitäten in Wind und Menge zu streuen.

Und dann, wie es so üblich ist: Schröder legt noch eins drauf. Er gründet eine Innovationsoffensive. Er lädt also Exzellenzen ein, zwölf an der Zahl, und will ihnen jetzt nahe bringen, wie man das alles umzusetzen habe. Auch hier schon die Vermutung, aus Erfahrung natürlich, dass es sich um eine Show-Veranstaltung handeln könne. Olaf Henkel, der ehemalige Präsident, oder Herr Rogowski vom BDI oder Herr Bullinger gehen natürlich hin; das ist klar. Das ist eine gewisse Auszeichnung. Der Kanzler ruft. Aber alle haben große Sorgen: Show in Tüten, nichts wird dabei herauskommen. Und dann liest man, bezogen auf

diesen Gipfel: "Große Skepsis", "Show-Veranstaltung" oder "Innovation beim Abendessen". Ein Dinner soll die Innovationsoffensive begleiten. Und man hat Sorge um eine Eintagsfliege.

Meine Damen und Herren, das alles ist sicherlich öffentlichkeitswirksam, es hilft uns in Nordrhein-Westfalen aber überhaupt nicht weiter. Wie sieht es nämlich bei uns aus? Lassen Sie mich das noch einmal in einem Schnelldurchgang sagen:

Der Bund zieht sich aus der Hochschulbauförderung zurück. Bundesweit wird sie um 135 Millionen € gekürzt. Dies macht auch uns wirklich erheblich zu schaffen. Der Sanierungsstau an den Hochschulgebäuden beläuft sich bei uns nach wie vor auf 250 Millionen €. Die Mittel für Witten-Herdecke werden gekürzt - so viel zur Diskussion um die Elitehochschulen. Die ZVS stellt nach wie vor ein großes Hemmnis bei der Entwicklung von Autonomie und Selbststeuerung dar; das wissen wir alle. Auch Sie steigen ja in einem bescheidenen Umfang darin ein, hier zurückzufahren. Wir fordern es seit Jahren leider Gottes vergeblich. Die Studierenden und auch die Hochschulen müssen selbst aussuchen können. Meine Ausführungen zu den Stiftungshochschulen wiederhole ich nicht noch einmal; diese habe ich eben schon angesprochen.

Auch gegen die Zwänge im Zusammenhang mit dem Hochschulrahmengesetz des Bundes ist etwas zu tun. Frau Kraft, Sie müssen gegenüber Ihrer Kollegin Bulmahn anders auftreten. Es gilt, das Hochschulrahmengesetz zurückzufahren. Mit der damit verbundenen Bürokratie und mit den Vorgaben werden nämlich der Wettbewerb und die Entwicklung in den Ländern behindert; das wissen Sie genau.

Frau Ministerin Kraft, Sie haben vor einigen Wochen Ihr Hochschulkonzept 2010 herausgebracht. 2010 ist eine gängige Zahl. Die hat ja auch Kanzler Schröder für die Bezeichnung seiner Agenda gewählt. Das alles klingt gut. Sie verkaufen das jeden Tag aufs Neue, und es wird Ihnen auch abgenommen. Wir wissen aber genau, dass es sich nach wie vor um ein äußerst gängelndes Konzept handelt, das auch insofern beklagt wird, als die Hochschulen den Auftrag hatten, innerhalb von nur vier Monaten ein Programm für die nächsten zehn Jahre zu entwickeln. Meines Erachtens wird hier kurzerhand Verantwortung auf die Hochschulen abgeladen.

Nicht zu verschweigen sind auch die Kürzungen bei der Forschungsförderung außeruniversitärer Art. Auch das passt vor dem Hintergrund der Dis-

kussion, dass wir unsere Hochschullandschaft stärken müssen, überhaupt nicht ins Bild.

Ich fasse zusammen: Es gilt einfach, den Weg weg von der konzeptionslosen Effekthascherei und hin zu einer klaren Konzeption zu finden. Aufgrund der kurzen Zeit, die mir noch zur Verfügung steht, möchte ich unsere Vorstellungen für eine künftig seriöse und verantwortungsvolle Hochschulpolitik im Schnelldurchgang darlegen.

Es gilt deutlich zu sagen: NRW hat eine gute Hochschultradition. NRW muss sich auf die Stärke dieser Tradition besinnen und daran anknüpfen. Das Ausrufen oder Anordnen von Eliteuniversitäten ist kein Konzept. Jede Hochschule muss die Chance haben, erstklassig zu werden. Wir brauchen in Zukunft mehr statt weniger Akademiker und gut ausgebildete Fachkräfte. Es ist zu beklagen, dass die NRW-Hochschulen unter einer Überbelegung, Unterfinanzierung und bürokratischen Gängelung leiden. Das Verhältnis der Professoren zu den Studierenden liegt in den NRW-Hochschulen wie z. B. in Köln bei 1:125. In Harvard - diese Universität taucht in der Diskussion um die Eliteuniversitäten des Öfteren auf - beträgt das Verhältnis 1:7. Das sind Welten. Welch eine Chancungleichheit zwischen den Studierenden in den USA und bei uns!

(Frank Baranowski [SPD]: Der Vergleich hinkt aber!)

Die Folgen bei uns sind Studiendauern von mehr als 16 Semestern in einzelnen Fachbereichen der Sozial- und Ingenieurwissenschaften sowie viel zu hohe Abbrecherquoten von durchschnittlich bis zu 42 %. Das kann so nicht hingenommen werden. Studierende müssen mit 24 oder 25 Jahren und nicht erst mit 28 oder 29 Jahren ins Berufsleben oder in die wissenschaftliche Laufbahn einsteigen.

Frau Ministerin Kraft, man hört immer wieder, dass 150 junge Leute in den entsprechenden Veranstaltungen sitzen. Bachelor- und Masterstudiengänge werden ohne Differenzierung gemischt. Welche Exzellenz und welche klaren Ergebnisse, die den jungen Leuten helfen, sollen dabei herauskommen?

Nirgendwo ist der Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft und den Bildungschancen so eng wie in NRW nach Jahrzehnten einer sozialdemokratisch bestimmten Bildungspolitik. Das gilt insbesondere auch für den einstigen Stammbereich der SPD, das Ruhrgebiet. Die Diskussion kommt jetzt hoch. Es schlägt zurück. Wir brauchen Leistungseliten und keine Herkunftseliten.

Unsere Hochschulen - sowohl Unis als auch Fachhochschulen - müssen besser ausgestattet und aus der staatlichen Bevormundung und Zwangsbewirtschaftung in die Freiheit entlassen werden. Studenten müssen ihre Hochschulen und Hochschulen müssen ihre Studenten selbst auswählen dürfen. Die ZVS ist ein bürokratisches Monstrum. Sie behindert den Wettbewerb und muss deshalb beseitigt werden. Die Kultur des Wettbewerbs in Wissenschaft und Forschung muss gefördert werden. Dazu gehört, dass das Hochschulrahmengesetz im Zuge der Föderalismusreform abgeschafft wird. Das ist ein Fernziel, es muss als solches aber formuliert und angestrebt werden. Nur die Vergleichbarkeit von Studiengängen und das Recht des Hochschulzuzugs müssen bundeseinheitlich geregelt werden.

Der Hochschulbau soll als Gemeinschaftsaufgabe beendet und in die alleinige Verantwortung der Länder übertragen werden. Auch hierzu wäre jetzt noch vieles zu sagen. Das gilt auch für die aktuellen Vorschläge von Frau Bulmahn, für die bundesweite Forschungsförderung und auch für die Länderzuständigkeit. Hierüber müssen wir uns im Detail sicherlich noch unterhalten.

Schließlich brauchen die Hochschulen die Freiheit, über Personal und Mittel selbst zu verfügen. Es muss überall und flächendeckend Globalhaushalte geben.

Meine Damen und Herren, leider haben wir als Opposition erst ab Mai 2005 Gelegenheit, diese Vorstellungen umzusetzen. Das sind nur noch 16 Monate. Wir freuen uns darauf. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Kuhmichel. - Für die SPD spricht jetzt Herr Kessel.

Dietrich Kessel (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nordrhein-Westfalen gehört nicht zu den Ländern, die in diesen Jahren teilweise erhebliche Einschnitte in ihren Wissenschaftshaushalten vornehmen. Die im Wissenschaftshaushalt unseres Landes veranschlagten Ausgaben steigen um 1,3 %. Trotz einer sich weiter verschlechternden Haushaltslage sollen die für 2005 vorgesehenen Ausgaben auf dem Niveau von 2004 erhalten bleiben.

Dies ist vor allem der Tatsache zu verdanken, dass die Regierungskoalition an den Vereinbarungen festhält, die die Landesregierung im Rahmen des Qualitätspakts mit den Hochschulen getroffen hat. Diese Vereinbarungen schützen die

Hochschulen auch in den Jahren 2004 und 2005 vor Beiträgen zur Konsolidierung des Landeshaushaltes.

Mir ist sehr wohl bewusst, dass das Festhalten am Qualitätspakt nicht allen, die für die Landesaufgaben stehen, deren Finanzierung über die anderen Einzelpläne sichergestellt werden muss, leicht fällt. Umso dankbarer bin ich, dass die Regierungskoalition durch das Festhalten am Qualitätspakt deutlich gemacht hat, dass den Hochschulen in der Landespolitik ein hoher Stellenwert zukommt. Gerade in schwierigen Zeiten macht es Sinn, die Investitionen in Forschung und Lehre nicht zu reduzieren.

Wenn insbesondere die größere der beiden Oppositionsparteien konsequent wäre, müsste sie angesichts der gravierenden Einschnitte in den Wissenschaftshaushalten der CDU- und CSU-geführten Landesregierungen nun dazu übergehen, diesen Ländern die nordrhein-westfälische Art der Hochschulfinanzierung als vorbildlich zu empfehlen.

Durch die aktuelle Debatte zum Thema der Finanzierung von Spitzenleistungen in Forschung und Lehre ist die Frage danach, was das Land unternimmt, um mit seiner Hochschullandschaft international wieder eine bedeutendere Rolle zu spielen, endlich dort gelandet, wo sie hingehört, nämlich im Zentrum der öffentlichen Debatte. Bis zum Erreichen des Ziels, die Forschungsinvestitionen bis zum Jahre 2010 auf 3 % des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen, ist es allerdings noch ein weiter Weg.

Nach den Schätzungen des Arbeitskreises "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder" betrug das Bruttoinlandsprodukt im Jahre 2003 2,13 Billionen €. Die Erhöhung der Forschungsinvestitionen von derzeit 2,5 % auf 3 % des BIP hätte zur Folge, dass ein zusätzlicher Betrag in Höhe von immerhin rund 10,65 Milliarden € bereitgestellt werden müsste.

Bei einer Aufteilung dieses Betrags auf die Wirtschaft und die öffentlichen Haushalte im Verhältnis 2:1 und einem Anteil der Länder am Anteil der öffentlichen Haushalte in der Größenordnung von etwa 50 % sowie bei einem 20%-Anteil Nordrhein-Westfalens am Anteil der Länder müsste Nordrhein-Westfalen jährlich rund 350 Millionen € zusätzlich für Forschungsinvestitionen aufbringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ob das allen bewusst war, die in Weimar und anderswo dieser Zielvorgabe zugestimmt haben, wage ich zu bezweifeln. Wie auch immer: Die Forderung, bei den Forschungsinvestitionen zuzulegen, muss im

Zentrum der öffentlichen Diskussion über die Zukunft unseres Landes erhalten bleiben.

Zweifelsohne hat die Verwendung des Reizwortes "Eliteuniversität" dazu beigetragen, dass die Diskussion über diese Forderung auf den ersten Seiten der Tageszeitungen stattfindet. Man mag das bedauern oder nicht - worauf es jetzt ankommt, ist, darauf zu achten, dass mit der Verlagerung der Diskussion über die Eliteuniversitäten in die Feuilletons das Thema Finanzierung von Spitzenleistungen in den Hochschulen nicht an Bedeutung verliert.

Von der Vorstellung, ein politisches Gremium könne beschließen, dass diese oder jene Universität zu einer so genannten Eliteuniversität ausgebaut werden solle, sollte man sich schnell verabschieden. Eine Universität mit allen ihren Fachbereichen an die Spitze bringen zu wollen, wird allein deshalb schon nicht zu bewerkstelligen sein, weil niemals alle Fachbereiche einer Universität die Voraussetzungen dafür erfüllen werden, den Weg an die Spitze mitzugehen. Was wir brauchen, ist eine Verständigung auf die exzellenten Lehr- und Forschungsbereiche, die das Zeug dazu haben, auf Dauer in der ersten Liga mitzuspielen. Diese sollen dann - hoffentlich auch mit viel zusätzlichem Bundesgeld ausgestattet - in die Lage versetzt werden, auf Dauer zu den international herausragenden Lehr- und Forschungseinrichtungen zu gehören. Voraussetzung dafür, dass diese Strategie Erfolg hat, ist, dass wir eine insgesamt gut aufgestellte Hochschullandschaft haben. Diese ist die unverzichtbare Basis dafür, dass sich das entwickeln kann, was Spitze ist.

Die Hochschulpolitik der nordrhein-westfälischen Regierungskoalition setzt genau an diesen Punkten an: Wir setzen zum einen auf die Verbesserung von Lehre und Forschung in der Breite. Genauso wichtig ist uns jedoch auch die Profilbildung: Hochschulen sollen in den Bereichen exzellent werden, in denen sie jetzt schon stark sind. Diese Entwicklung fördern wir auch durch die Nutzung wettbewerblicher Elemente bei der Mittelzuweisung: Wer mehr leistet, wer besser ist als die anderen, soll auch mehr Geld bekommen.

Folgerichtig ist deshalb, dass die Landesregierung das Instrumentarium der leistungsorientierten Mittelverteilung weiterentwickelt hat und seine überarbeitete Fassung beginnend mit diesem Haushaltsjahr anwendet. Die in Verbindung mit den Maßnahmen zur Arbeitszeiterhöhung bei den Hochschulen abzubauenen 316 Personalstellen, die zu diesen Maßnahmen gehörende Erhöhung der Lehrverpflichtung für die beamteten Lehrkräfte sowie die weiteren Einsparungen bei den Schöp-

fungsmitteln sind die bitteren Pillen, die die Hochschulen angesichts der dramatisch schwierigen Lage des Landeshaushalts schlucken müssen.

Dabei verkenne ich nicht die erheblichen Probleme, die es für die Hochschulen bedeutet, sich zusätzlich zu den im Rahmen des Qualitätspaktes bereits abzubauenen Personalstellen von weiteren Stellen trennen zu müssen.

Soll an dem Ziel festgehalten werden, die Studienanfängerquote auf 40 % eines Altersjahrgangs anzuheben, bedeutet Stellenabbau bei steigenden Studentenzahlen eine Verschlechterung der Betreuungsrelationen. Das muss man für die Zukunft bedenken. Insofern gehe ich davon aus, dass demnächst das Thema "Verbesserung der personellen Ausstattung der Hochschulen" wieder auf die Tagesordnung kommen muss. Schließlich vergleichen wir uns immer wieder mit amerikanischen so genannten Eliteuniversitäten, an denen die personelle Ausstattung um den Faktor 10 besser ist als bei uns. Das ist die Realität. Insofern muss das Thema der personellen Ausstattung bundesweit und nicht nur in Nordrhein-Westfalen wieder auf die Tagesordnung.

(Zuruf von Manfred Kuhmichel [CDU])

Lassen Sie mich noch kurz auf zwei Anträge eingehen, die ich für besonders wichtig halte: Auf unseren Antrag hin werden die Ausgaben für die Forschung um 2 Millionen € erhöht. Dieses Geld soll in hochqualifizierte junge Forscherinnen und Forscher investiert werden. Insbesondere sollen Forschergruppen in der Medizin zusätzliche Mittel erhalten. Außerdem werden Mittel bereitgestellt, um im Rahmen vorhandener Cluster wie dem der Energieforschung neue Gruppen gründen zu können.

Mit dem zweiten Antrag wird die vorgeschlagene Reduzierung der Zahl der Ausbildungsplätze rückgängig gemacht.

Die Hochschulen halten gut 50 % der Ausbildungsplätze der Landesverwaltung vor. Das sind insgesamt rund 2.000 Ausbildungsplätze, wobei der originäre Ausbildungsbedarf der Hochschulen nur bei ca. 5 % dieser Plätze liegt.

Mit Ihrer Berufsausbildung leisten die Hochschulen einen Beitrag zur beruflichen Qualifizierung junger Menschen, den wir angesichts der Defizite auf dem Lehrstellenmarkt auch von seinem bisherigen Umfang her für unverzichtbar halten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für die SPD-Fraktion empfehle ich Ihnen, dem Einzelplan 06 in der vom Ausschuss für Wissenschaft und For-

schung beschlossenen Fassung zuzustimmen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Kessel. - Für die FDP-Fraktion erteile ich jetzt Herrn Prof. Dr. Wilke das Wort.

Dr. Friedrich Wilke (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich wollte das Wort "Qualitätspakt" heute eigentlich nicht mehr in den Mund nehmen. Aber wenn Herr Kessel solch einen Unfug hier erzählt, dann kann ich es nicht sein lassen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das ist ein gutes Thema! Darüber kann man gut reden!)

Herr Kessel, wo sind wir eigentlich gelandet in dieser Wissenschaftspolitik,

(Marc Jan Eumann [SPD]: Landtag, Plenarsaal!)

wenn Sie jetzt hier loben, dass der Qualitätspakt eingehalten wird? Was ist denn der Qualitätspakt? Der Qualitätspakt ist ein Abbau von 2.000 Professorenplätzen zugunsten von mehr Geld gewesen. Geld statt Stellen. Darüber wurde eine Vereinbarung mit den Hochschulen getroffen und ihnen wurde Planungssicherheit garantiert. Immer wieder haben Sie jetzt hier die Planungssicherheit betont. Wo sind wir eigentlich als Hochschulen, dass man sich inzwischen eine Selbstverständlichkeit des Staates, nämlich Planungssicherheit, erkaufen muss? Erster Punkt.

Zweitens, Herr Kessel, dass der Staat, wenn er das vereinbart, auch noch gelobt wird, dass er sich daran hält, finde ich allmählich eine Unverschämtheit.

(Beifall bei der CDU - Marc-Jan Eumann [SPD]: Das ist ein falscher Einstieg!)

Sie sind dankbar dafür, dass hier eine Vereinbarung eingehalten wird. Eigentlich müssten die Hochschulen froh sein, dass Sie sich an Vereinbarungen halten. Das zeugt hier von der tatsächlichen Hochschulpolitik von Rot-Grün.

(Zuruf von Manfred Kuhmichel [CDU])

Herr Kuhmichel, Sie haben schon die Eliteuniversitäten erwähnt, und ich kann es deshalb kurz machen. Wir haben diese Diskussion über Eliteuniversitäten, angezettelt von der SPD-Spitze. Das war schon Spitze, allerdings nur in der Funktion, weniger aufgrund der hochschulpolitischen Kompetenz.

Zunächst habe ich wirklich geglaubt, das sei das Werk eines bekannten Stimmenimitators, aber nein, es war der Kanzler leibhaftig. 2010 soll es in Deutschland auch eine Harvard-Universität geben. Wieso eigentlich nur eine? Wenn schon, dann schon Ärmel aufkrepeln. Es dürfen auch zehn sein. Ein paar mehr waren ja auch im Gespräch.

(Zuruf von Manfred Kuhmichel [CDU])

Oder in jedem Bundesland eine. Der nächste Schritt, der wahrscheinlich folgen wird, ist vermutlich Harvard für alle hier in Nordrhein-Westfalen.

Von den Ungereimtheiten, wenn Rot-Grün nämlich gleichzeitig Bundesmittel für Forschung und Hochschulbau kürzt, will ich hier gar nicht reden, auch nicht von der föderalen Zuständigkeit. Das kommt eben dabei heraus, wenn die SPD-Elite über Elite-Hochschulen nachdenkt.

Allerdings begrüße ich diese Diskussion durchaus und das aus mehreren Gründen:

Erstens wird die real existierende Situation unserer Hochschulen auch einer breiten Öffentlichkeit nun bewusster, nämlich dass Deutschland in Wissenschaft und Forschung eben keine Spitzenposition mehr einnimmt, dass wir trotz einiger Spitzenleistungen, die es gottlob gibt, im Großen und Ganzen gleichwohl den Anschluss verloren haben, dass wir seit langer Zeit im internationalen Wettbewerb hinterherhinken.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Edith Müller)

Zweitens wird die Frage nach den Ursachen diskutiert. Warum sind Wissenschaft und Forschung hierzulande Not leidend? Warum verlassen Forscher und Forschungsgelder den Standort Deutschland?

In diesem Zusammenhang wurde es sehr schnell deutlich, wie es nicht geht. Die Vorstellung, eine Elite-Universität könne gleichsam per Kanzlerwort, unterstützt mit ein paar Euro aus dem Boden gestampft werden und das noch bis zum Jahre 2010, ist an Naivität wohl kaum noch zu überbieten.

Nein, meine Damen und Herren, Wissenschaft und Forschung sind in Deutschland Not leidend, weil der Hochschulbereich - die Bildung generell - sträflich unterfinanziert ist, weil die personelle und sachliche Ausstattung unserer Hochschulen, weil die Arbeitsbedingungen unzureichend sind, vor allem aber - das ist weitaus gravierender - weil die vom Staat gesetzten Rahmenbedingungen hier im Lande nicht stimmen, weil zu viele staatliche Fes-

seln den Hochschulen die notwendigen Freiräume rauben.

Das gilt nicht nur, aber auch und in besonderem Maße für Nordrhein-Westfalen. Dafür, meine Damen und Herren von Rot-Grün, tragen Sie hier die Verantwortung.

Obwohl die Misere und ihre Ursachen hinreichend bekannt sind, gibt dieser Doppelhaushalt leider keine Hoffnung auf Besserung.

Gleich - wir haben es schon teilweise gehört - werden wir die rot-grünen Schönfärbereien vernennen. Wir werden hören: Dieser Haushalt setzt Priorität für Bildung

(Frank Baranowski [SPD]: Ja, so muss das sein!)

und wie schrecklich das Ganze doch in anderen Bundesländern sei.

(Frank Baranowski [SPD]: Ist es doch!)

Wir hören gleich: Angesichts der schwierigen Haushaltslage sind wir stolz darauf und dieses und jenes.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Dann sind wir uns doch einig! Ist doch schön, wenn die Wahrheit schön ist!)

Blumige Schönfärberei und kein Fortschritt in der Substanz.

Was ist die Realität? - Wir sollten einmal in Harvard anfragen, wie man HRG - Hochschulrahmengesetz -, ZVS, KapVO, Studienkonten und ähnliche Meisterwerke deutscher Wissenschaftsbürokratie übersetzen kann.

(Frank Baranowski [SPD]: Äpfel und Birnen!)

Das sollten wir einmal anfragen; sie lachen sich wahrscheinlich tot.

Nehmen wir die ZVS. Hochschulen müssen sich ihre Studierenden selbst auswählen können und umgekehrt. Diese staatliche Zwangszuweisung gehört abgeschafft, wenn wir wieder zurück an die Spitze wollen. Das ist, glaube ich, auch in der Diskussion letztens deutlich geworden. Weg mit der ZVS also, sofortige Kündigung, das fordert die FDP seit Jahr und Tag, so auch für diesen Haushalt. Jeder Euro dafür ist nicht nur überflüssig, sondern auch schädlich.

Nehmen wir den Hochschulbau. Wir fordern zusätzlich 500 Millionen € für dringendste Sanierungsmaßnahmen. Der Bedarf ist dokumentiert, Qualität, Forschung und Lehre haben in maroden

Gebäuden eben wenig Chancen. Ich höre Sie schon: Woher soll das Geld kommen?

Ich erinnere mich noch an die vergangene Haushaltsdebatte. Wir haben immer wieder mehr Geld für Forschung und Wissenschaft gefordert. Jetzt überlegen Sie einfach, wie viel Geld Sie heute und hier in diesem Haushalt einsparen. Da geht es plötzlich. Wir hätten das schon vorher haben können. Wir hätten es viel früher haben können, dann wären wir schon ein bisschen weiter. Es geht also. Wir sind reich genug, um uns ein gutes Bildungssystem leisten zu können. Man muss nur die Prioritäten richtig setzen, und die setzen Sie eben nicht richtig.

Nehmen wir die Forschungsförderung, Titelgruppe 73. Hier wird getönt: Wir fördern die Forschung. Tatsächlich wird aber effiziente Forschung hier nicht gefördert. Frau Ministerin, wir haben nichts gegen eine Umstrukturierung, aber Kürzungen sind hier der falsche Weg.

Nehmen wir die Einnahmen aus den Studiengebühren. Diese Art der Bestrafung für ein längeres Studium ist ungerecht. Es trifft überwiegend die Falschen. Die Einnahmen dienen primär der Haushaltssanierung. Das ist angeblich nur vorübergehend so - ich habe das schon gehört -, was aber doch nichts daran ändert, dass in diesem Doppelhaushalt - und darum geht es doch - diese Mittel eben nicht in die Hochschulen fließen. Meine Damen und Herren, hier werden Hochschulen als Geldeintreiber für den Finanzminister missbraucht.

Zudem setzen diese Gebühren falsche Anreize. Deshalb sind Korrekturen erforderlich. Das ist eine zusätzliche staatliche Umverteilung, zusätzliche bürokratische Steuerung. So entsteht neue Bürokratie.

Das Ganze ist so kompliziert, dass die Frau Ministerin eine wirklich wunderschöne und umfangreiche Broschüre anfertigt, damit die Verwaltung kapiert, was das Ministerium da ausgebrütet hat. Ich will ja gar nicht auf die zweifache Verwendung des Dreisatzes dort eingehen oder auf die falschen Rundungen von Zahlen.

Frau Ministerin, Sie preisen doch, wenn ich Sie richtig verstanden habe, allen Ernstes die Komplexität dieses Modells. Ist das richtig, Frau Ministerin?

(Zuruf von Ministerin Hannelore Kraft)

Sie sagen, nur so könne man den verschiedensten Lebenslagen gerecht werden. - Danke, Sie nicken.

(Ministerin Hannelore Kraft: Ich weiß, dass die FDP davon nichts hält!)

Damit liegen Sie übrigens voll auf der Linie des Ministerpräsidenten, der laut Zeitungsmeldungen - ich muss aus dem Gedächtnis zitieren - gesagt hat: Gerechtigkeit erfordert eben komplexe und komplizierte Regelungen.

(Ministerin Hannelore Kraft: Ja!)

Genau das ist die Denkweise, die ich hier anprangere: Je gerechter, desto komplizierter.

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt vermittelt insgesamt den Hochschulen keine Aufbruchstimmung. Er setzt keine positiven Signale für mehr Qualität in Lehre und Forschung. Das kann er auch nicht, solange SPD und Grüne nämlich im Kern - da liegt die eigentliche Ursache - in ihrem staatsplanerischen Denken verfangen bleiben. Solange werden sie auch die Hochschulen fesseln. Und eine Umorientierung ist leider nicht in Sicht.

Mehr Autonomie, mehr Wettbewerb - das hören wir immer. Das tragen Sie auf den Lippen. Das ist aber im Kopf noch nicht angekommen. Es reicht eben nicht, Frau Ministerin und meine Damen und Herren von der SPD, wenn Sie „Elite“ inzwischen unfallfrei aussprechen können.

(Oh-Rufe von der SPD)

Wenn es darauf ankommt, holen Sie doch immer wieder die staatsplanerischen Instrumente heraus.

Nehmen wir den BLB. Sie trauen ja den Hochschulen nicht einmal das Liegenschaftsmanagement zu. Dazu bedarf es einer staatlichen Mammutbehörde.

Hochschulkonzept 2010: 2010 muss ja für die SPD eine durchaus magische Zahl sein. Sie wird ja häufiger verwendet.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Wir regieren immer noch!)

- Das signalisiert offenbar Hoffnung. Das mag ja sein. Vielleicht denken Sie darüber nach oder haben nach fünf Jahren Opposition dann vielleicht wieder ein kleines Fünkchen Hoffnung, dass Sie die Regierungsverantwortung in 2010 wieder übernehmen können.

(Frank Baranowski [SPD]: Dann sind Sie schon lange nicht mehr hier!)

2010 - das vertröstet doch die Hochschulen auf eine ferne Zukunft. Das ist in meinen Augen eher nur eine Entschuldigung dafür, dass man heute

nichts tut. Aber demnächst im sozialdemokratischen Himmel von 2010 wird natürlich alles ein bisschen besser.

Frau Ministerin Hannelore Kraft markiert hier die starke Frau. Sie will den Hochschulen Beine machen. Und die SPD klatscht Beifall.

(Beifall von Marc Jan Eumann [SPD])

Richtig wäre es aber, die Hochschulen auf ihre eigenen Beine zu stellen, damit die Hochschulen selbst laufen können.

(Beifall bei der FDP - Marc Jan Eumann [SPD]: Das tun sie doch!)

Vizepräsidentin Edith Müller: Herr Prof. Wilke, Ihre Redezeit ist beendet.

Dr. Friedrich Wilke (FDP): Ich komme zum letzten Punkt. - Die Frau Ministerin will - so ist es ebenfalls in der Presse zu lesen - die Fäden in der Hand halten. Das erinnert mich wirklich fatal daran, wie Rektoren und Kanzler oder die Hochschulen hier nach der Pfeife der Ministerin tanzen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das sind alles selbstbewusste Männer und Frauen!)

Schneiden Sie die Fäden durch.

Vizepräsidentin Edith Müller: Herr Wilke, Ihre Redezeit ist beendet.

Dr. Friedrich Wilke (FDP): Entfesseln Sie die Hochschulen. Dann werden wir endlich weiterkommen. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Edith Müller: Herzlichen Dank, Herr Dr. Wilke. - Meine Damen und Herren, als nächste Rednerin rufe ich Frau Dr. Seidl für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn ich der Opposition heute mit der üblichen Haushaltsrhetorik "the same procedure as every year" vorhalten würde, dann wäre das noch höflich ausgedrückt.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Das ist bei Ihnen doch genauso!)

Das, was Sie sich in diesem Jahr bei den Verhandlungen zum Wissenschaftshaushalt leisten, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, ist - salopp gesagt - unter aller Kanone.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von Manfred Kuhmichel-[CDU])

Wenn ich sehe, wie wenig seriös Sie sich am Haushaltsverfahren beteiligen, dann kann ich nur sagen, Herr Kuhmichel: Sie nehmen die Menschen in diesem Land nicht ernst. Dabei erwarten die Studierenden und das Personal an unseren Hochschulen von der Politik Klarheit über die zukünftigen Gestaltungsspielräume, und sie erwarten Planungssicherheit.

Und was machen Sie? - Sie philosophieren hier über Elitehochschulen und verlieren sich in Verallgemeinerungen und Plattitüden.

Vizepräsidentin Edith Müller: Frau Dr. Seidl, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kuhmichel zu?

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Ja, bitte.

Vizepräsidentin Edith Müller: Bitte schön, Herr Kuhmichel.

Manfred Kuhmichel (CDU): Frau Kollegin Dr. Seidl, halten Sie es für zuträglich, dass sich eine Fraktion an einer Haushaltsberatung beteiligt, wenn sie noch nicht im Besitz sämtlicher Unterlagen ist, um wirklich seriös beraten zu können?

(Beifall bei CDU und FDP)

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Aber das sagen Sie doch auch jedes Jahr. Die Grundlagen dieses Haushalts sind doch allen bekannt.

(Zuruf von Ministerin Hannelore Kraft)

Wenn Sie nicht fähig sind, eigene Anträge in die Etatberatungen einzubringen, Herr Kuhmichel, und wenn ich mir die rein taktisch gestellten Änderungsanträge der FDP-Fraktion anschau, dann kann ich nur sagen: Diese Opposition ist weitgehend orientierungslos.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Wer in Zeiten schwieriger Haushalte keine klare Orientierung zeigt, der ist auch nicht regierungsfähig.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Marc Jan Eumann [SPD]: Das haben wir auch schon gewusst!)

Wir, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, haben uns stark gemacht für Bildung und Forschung. Durch die Schwerpunktsetzung der Regierungsfractionen im Bildungsbereich ist es

auch für die Haushaltsjahre 2004 und 2005 gelungen, die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen von Haushaltskürzungen auszunehmen.

Grüne und SPD stehen weiterhin zum 1999 geschlossenen Qualitätspakt zwischen Landesregierung und Hochschulen, der diese weitreichende Planungssicherheit gibt - ob Sie das jetzt wahrnehmen wollen oder nicht.

So ist der geringfügige Stellenabbau, der mit dem Haushalt beschlossen wird, auch nicht mit einem Abbau von Angeboten oder Leistungen verbunden, da es sich hier lediglich um eine Umsetzung der 41-Stunden-Woche handelt. Die Erhöhung der Lehrverpflichtung kommt also unmittelbar den Studierenden zugute. Das heißt, dies ist auch ein Beitrag, um die Lehre zu stärken.

Wir begrüßen dies insbesondere vor dem Hintergrund der konsequenten Umstellung der Studiengänge auf Bachelor und Master, die eine individuellere Betreuung und Ausbildung der Studierenden voraussetzen.

Darüber hinaus fällt der Abbau von Stellen rechnerisch geringer aus. Statt der errechneten 900 Stellen werden nur 316 Stellen abgebaut, und zwar über vier Jahre gestreckt. Als Ausgleich für die restlichen Stellen wird es einen finanziellen Beitrag der Hochschulen und eine auf freiwilliger Basis flexibilisierte Personalregelung geben. Das heißt, auf individuellen Antrag kann eine Anhebung der Lebensarbeitszeit für Professorinnen und Professoren um maximal drei Jahre erfolgen.

Obwohl die Hochschulen aufgrund des Qualitätspakts auch in diesem Jahr wieder von Kürzungen ausgenommen sind, will ich doch nicht verschweigen, dass es im Einzelplan 06 angesichts der schwierigen Haushaltslage trotzdem Kürzungen geben musste. Dabei waren die Kürzungen in der Titelgruppe 73 sicherlich besonders schmerzhaft. Aber diese sind letztendlich auch wissenschaftspolitisch vertretbar.

Wie Sie wissen, wurden die Forschungsinstitute wissenschaftlich evaluiert, und es haben ausführliche Gespräche im Vorfeld stattgefunden. Nach einem Ranking, das verschiedenen Qualitätskriterien unterlag, ist es nicht leicht gefallen, eine Entscheidung über Kürzungen zu treffen. Wichtig war uns dabei, dass keine Kürzungen nach dem Rassenmählerprinzip stattfinden sollten, damit nicht alle Institute letztlich in ihrem Bestand gefährdet wären. Deshalb mussten Prioritäten gesetzt werden, und einige Institute können ab 2005 nicht weiter gefördert werden.

Dies ist sicherlich in zweierlei Hinsicht hart. Wir müssen Forschungs- und gleichzeitig auch Arbeitsplatzverluste hinnehmen. Aber wir hoffen, dass es in allen betroffenen Fällen zu Auffanglösungen kommen kann. Wenn Sie aber behaupten, wir würden mit dieser notwendigen Haushaltsentscheidung den Wissenschaftsstandort NRW aufs Spiel setzen, dann verkennen Sie, dass das Forschungspotenzial bei uns in Nordrhein-Westfalen weit mehr umfasst, als in der Titelgruppe 73 zum Ausdruck kommt.

Insgesamt investiert Nordrhein-Westfalen mehr als 400 Millionen € in die Forschung. Davon gingen im Jahr 2003 lediglich 13 Millionen € in die Titelgruppe 73, von der wir heute reden. Selbst wenn wir bei den vom Land geförderten außeruniversitären Forschungsinstituten heute Kürzungen vornehmen müssen, bedeutet das prozentual nicht mehr als 1 bis 2 % der Gesamtsumme. Von einer Gefährdung des Forschungsstandorts Nordrhein-Westfalen kann hier also keine Rede sein.

Herr Wilke und Herr Kuhmichel, Sie machen es sich einfach. Sie stocken da auf, wo wir Kürzungsvorschläge machen, und Sie kürzen dort, wo wir es für notwendig halten, aufzustocken. Aber leider geschieht das ohne Sinn und Verstand. Unsere Vorschläge scheinen bei Ihnen einfach nur den Reflex auszulösen, das Gegenteil zu machen.

So sage ich zum Wuppertal Institut nur Folgendes, Herr Wilke: Ihre Einschätzung der wissenschaftlichen und politischen Leistungsfähigkeit des Instituts teile ich nicht. Unabhängig davon machen Sie sich mit der Forderung, ein international renommiertes Institut der Klima- und Nachhaltigkeitsforschung, das innovative Forschungsstrategien entwickelt, auf null zu fahren, eher lächerlich, als dass Sie daraus politischen Nutzen ziehen könnten.

Vizepräsidentin Edith Müller: Frau Dr. Seidl, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Herr Wilke, wir haben darüber schon diskutiert. Sie kennen meine Meinung dazu. - Nach der Begutachtung durch den Wissenschaftsrat stellt sich das Wuppertal Institut neuen Herausforderungen. Es ist dabei, sein Forschungsprofil zu schärfen und neue Akzente zu setzen. Wegen des notwendigen Umstrukturierungsprozesses wollen wir die Zuschüsse des Landes im Jahr 2005 nicht in dem ursprünglich vorgesehenen Ausmaß kürzen.

Ein besonderes Augenmerk richten wir auch auf den wissenschaftlichen Nachwuchs. Die Spitzen-

forschung können wir nur dann ausbauen, wenn wir verstärkt in hoch qualifizierte junge Forscherinnen und Forscher investieren. Um bestehende Nachwuchsforschergruppen in der Medizin zu unterstützen und neue Nachwuchsforschergruppen zu gründen, erhöhen wir auch in diesem Bereich die Investitionen.

Aber auch in anderen Bereichen geben wir Sicherheiten, liebe Kolleginnen und Kollegen. In diesem Haushalt haben wir die Studentenwerke weitestgehend von Kürzungen ausgenommen, und wir haben die bestehenden Strukturen in der Frauenförderung und in der Frauenforschung gesichert. Herr Wilke, auch vor diesem Hintergrund glaubt Ihnen niemand, dass Sie sich plötzlich für die Frauenförderung stark machen wollen. Auch das gehört wohl eher in die Rubrik "FDP-Schauantrag".

Nicht zuletzt die vollständige Rücknahme des ursprünglich vorgesehenen drastischen Abbaus von Ausbildungsplätzen in der Landesverwaltung sichert den Bestand von insgesamt 334 Ausbildungsplätzen an den Hochschulen. Dies ist auch ein positives Signal vor dem Hintergrund des Lehrstellenmangels in der Wirtschaft.

Ich will das zum Schluss noch einmal unterstreichen. Auch wenn die Situation aller öffentlichen Haushalte bundesweit zu drastischen Kürzungen bei den Hochschulen führt: Allein Nordrhein-Westfalen nimmt den Hochschulbereich weitgehend und die Hochschulen vollständig von Restriktionen im Haushaltsvollzug aus.

Sehen Sie nach Hessen, Bayern, Niedersachsen oder Berlin. In diesen Ländern sehen die Sparpakete sehr viel drastischer aus. Der Qualitätspakt gibt den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen eine solide Planungssicherheit, auf deren Grundlage die begonnene Reform der Hochschulen fortgesetzt werden kann. Unser Ziel ist es, die Qualität und die Leistung unserer Hochschullandschaft auszubauen, den Wettbewerb zu fördern, die Lehre zu verbessern, die Studienzeiten zu verkürzen und die Abbrecherquoten zu senken. Der Doppelhaushalt 2004/2005 schafft hierfür eine gute Grundlage. - Vielen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Frau Dr. Seidl. - Für die Landesregierung hat jetzt Frau Ministerin Kraft das Wort.

Hannelore Kraft, Ministerin für Wissenschaft und Forschung: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die heutige Debatte ist schon ganz

interessant. Wir reden über den Haushalt im Einzelplan 06, und das, was von den Oppositionsfractionen kommt, ist eine Diskussion über Eliteuniversitäten. Es tut mir Leid, aber ich bin schon etwas enttäuscht.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Heute ist Abrechnung!)

- Ja, heute ist Abrechnung, aber bitte schön zum Haushalt, Herr Kollege Kuhmichel. - Es ist schon spannend, wie Sie sich auf diese Sitzung vorbereitet haben.

(Beifall bei der SPD)

Sie zitieren aus einem Artikel nach dem anderen, und ich stelle dabei fest, dass Sie offensichtlich nur die Überschrift zur Kenntnis nehmen und dann gar nicht weiterlesen.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Ich habe keine Zeit dazu!)

- Sie haben keine Zeit dazu. Als verantwortungsvoller Politiker müssen Sie das aber tun. - Herr Kollege Kuhmichel, wenn Sie Herrn Prof. Labisch zitieren, schießen Sie damit ein Eigentor. Sie hätten nämlich die Sendung von Frau Christiansen sehen sollen. Dort hat sich Prof. Labisch zum deutschen Hochschulsystem insgesamt und zu dem, was in den Ländern an Entscheidungen getroffen worden ist, in der Tat sehr kritisch geäußert. Er hat allerdings Nordrhein-Westfalen - mich sogar namentlich - für die Politik, die in diesem Land gemacht wird, gelobt. Auch das sollten Sie einbeziehen.

Sie reden von den Aachener Studentenprotesten, über die Sie offensichtlich auch in der Zeitung gelesen haben. Aber dann hätten Sie auch diese Berichte weiterlesen müssen. Nachdem ich mit den Studierenden geredet habe, haben die applaudiert. Ich bitte, zur Kenntnis zu nehmen, dass Studentenproteste in diesem Land anders ablaufen und dass auch die Kommunikation anders funktioniert.

Zu den Ruhrgebietsuniversitäten, die Sie als einen weiteren Punkt genannt haben: Herr Kuhmichel, Ihre Rede war von vorn bis hinten konfus. Das ist wie ein hochschulpolitischer Zettelkasten. Mehr kann ich da wirklich nicht erkennen. Was wollen Sie denn jetzt? Sie fordern von mir, dass ich Wettbewerb ins Hochschulsystem bringe. Das mache ich über eine Heraufsetzung der leistungsbezogenen Mittelvergabe. Dabei sind in der Tat einige der Ruhrgebietsuniversitäten Verlierer, allerdings stark gedeckelt. Sie verlieren maximal ein Prozent ihrer Mittel.

Vizepräsidentin Edith Müller: Frau Ministerin, möchten Sie eine Zwischenfrage zulassen?

Hannelore Kraft, Ministerin für Wissenschaft und Forschung: Nein, das möchte ich jetzt zu Ende ausführen. - Ich kann Ihnen nur sagen: Sie müssen sich einmal schlaue machen zu dem, was in diesen Artikeln genannt wird. Die Studiendauer an der Ruhr-Universität und an der Universität Dortmund liegt bezogen auf das Modell der leistungsorientierten Mittelvergabe genau im Durchschnitt aller Universitäten in Nordrhein-Westfalen. Es ist also keine andere Situation.

An den Ruhrgebietsfachhochschulen in Bochum und in Dortmund ist die Studiendauer sogar niedriger als der Durchschnitt in Nordrhein-Westfalen. Die Ruhr-Universität verliert vor allem deshalb, weil die Mittel nunmehr stärker an der leistungsorientiert verteilt werden, als das in der Vergangenheit der Fall war. Also: auch hier ein konsequenter und richtiger Weg, den wir weiter durchhalten werden.

Dann haben Sie noch erwähnt, ich würde den Rotstift bei den Studentenjobs ansetzen. Entschuldigung, Herr Kuhmichel, Sie fordern eine zunehmende Autonomie der Hochschulen. Das ist eine autonome Entscheidung der Hochschulen. Was wollen Sie denn jetzt? Wollen Sie, dass ich ihnen vorschreibe, wie sie Einsparungen bzw. Umschichtungen vornehmen, oder dürfen sie das doch selbstständig entscheiden? Ich habe diese Bereiche nicht zusammengestrichen. Also auch hier: völlige Unklarheit, welchen Weg Sie von mir fordern. Wo ist Ihr Konzept, das Sie meinem gegenüberstellen? Ich kann es nicht erkennen.

Kürzung Witten-Herdecke: Herr Kuhmichel, diese Vereinbarung läuft über einen Zeitraum von fünf Jahren. Das wissen Sie genauso gut wie ich, das ist keine akute Maßnahme der Landesregierung. Dass dort die Sponsoren, die Stiftungsgeber, die Sie immer als Zukunft des Hochschulmodells sehen, aussteigen und sich zurückziehen, ist ein Problem, das die Hochschule in der Tat in den Griff bekommen muss. Denn sie ist eine private Hochschule, wie der Name schon sagt. Dafür finanzieren wir in Witten-Herdecke noch sehr viel.

Ich freue mich, Ihnen einen Haushalt vorstellen zu können, den Sie gerne einmal mit den Wissenschaftshaushalten anderer Bundesländer vergleichen können. Ich nehme mir - Herr Kuhmichel, Sie werden es mir nachsehen, Sie lieben ja die Vergleiche - die Bayern als Beispiel. In Bayern ist gerade der Nachtragshaushalt gelaufen und vorgestellt worden. In Bayern werden 280 Stellen gestrichen, und zwar in einem Jahr. Bei uns werden

316 Stellen gestrichen, verteilt auf vier Jahre. In Bayern werden 5 % gekürzt. Das wären bei uns 270 Millionen €. Aber bei uns wächst der Haushalt in diesem Bereich noch.

(Beifall bei der SPD)

Noch niemand hat bisher eine Aussage dazu getätigt, wie die von Herrn Stoiber anvisierte 42-Stunden-Woche umgesetzt wird. Darüber wird in Bayern im Herbst noch einmal separat gesprochen. Dann wollen wir einmal sehen, was da noch an Stellenkürzungen auf Bayern zukommt. Also: Auch an dieser Stelle dürfen wir uns einmal zu Recht mit anderen Bundesländern vergleichen.

Dass wir die Studienproteste nicht in dem Ausmaß haben wie in anderen Bundesländern, liegt daran, dass man an unserem Haushalt 2004/2005 klar ablesen kann: Bei uns haben Innovation und Spitzenleistung Vorrang. Unser Etat wird nicht gekürzt, sondern wächst sogar. Die Ausgaben steigen gegenüber 2003 im Jahr 2004 um 1,2 % und im Folgejahr um 1,4 %, bezogen auf 2003. Anders als in Hessen und Niedersachsen - nehmen wir die einmal als Beispiel - gibt es bei uns keine drastischen Kürzungen des Hochschulbudgets oder gar Diskussionen um Standortschließungen. Die Ausgaben unserer Hochschulen steigen bis 2005 auf 3,12 Milliarden €.

Darüber hinaus wird das Land den Hochschulen, wie geplant, aus dem Innovationsfonds 24 Millionen € im Jahr 2004 und rund 25 Millionen € im Jahr 2005 für die zukunftsorientierte Umstrukturierung zur Verfügung stellen. Auch da halten wir unser Versprechen: Ab 2005 werden den Hochschulen, wie geplant, zusätzliche Mittel für die Verbesserung von Lehre und Studium aus den Einnahmen des Studienkontenfinanzierungsgesetzes zufließen.

Die Zahlen zeigen deutlich, die Landesregierung hält am Qualitätspakt fest. Das ist keineswegs der Normalfall, wenn man sich in der Bundesrepublik umsieht, sondern das ist eine Ausnahme und darauf dürfen wir stolz sein.

(Beifall bei der SPD)

Auch wenn im Zuge der notwendigen Konsolidierung eine Reihe von Fördermaßnahmen auf den Prüfstand gestellt und in Teilbereichen konzentriert und gestrafft wurde, bleiben die Ressourcen für Forschung und Technologie aufs Ganze gesehen auf hohem Niveau. Wir haben in Nordrhein-Westfalen leistungsfähige Hochschulen, wir haben exzellente Forschungseinrichtungen. Sie sind ein Schlüsselfaktor für Innovation und für mehr Wettbewerbsfähigkeit. Aber wir haben auch die

Realität zur Kenntnis zu nehmen, dass unsere Abbrecherquoten zu hoch sind und dass die durchschnittliche Studiendauer zu lang ist. Deshalb habe ich mit dem Hochschulkonzept 2010 ein umfassendes Reformkonzept vorgestellt.

(Beifall bei der SPD)

Für die Umsetzung, das darf ich berichtend sagen, hatten die Hochschulen nicht zwei Monate, sondern sechs Monate Zeit. Sie sind dabei. Es ist an Ihnen vorübergegangen, dass wir die Frist schon längst bis Mitte Februar verlängert hatten.

Mit diesem Konzept werden wir nicht nur die Strukturen an den Hochschulen verändern, sondern, was mir fast noch wichtiger ist, es geht um eine kulturelle Veränderung an den Hochschulen in unserem Land. Dazu brauche ich die Hochschulen im Boot. Ich bin froh, dass wir die Hochschulen im Boot haben, dass sie mitziehen. Denn wenn wir über Betreuung reden, sprechen alle gerne über *Betreuungsverhältnisse*, über Zahlen, und niemand nennt *Betreuungsverhältnisse*, wie wir sie an den Musikhochschulen haben, wo zwei oder drei Studierende auf einen Professor kommen. Es werden immer die großen Seminare durchgeführt.

Wenn man über Betreuung redet, muss man aber nicht nur über Zahlen sprechen, sondern man muss auch über die Kultur an den Hochschulen reden, die Art und Weise, wie Studierende betreut werden. Da werden wir über die Evaluierung durch die Studierenden weiter entscheidende Schritte nach vorne gehen. Dafür ist das Hochschulkonzept richtig und wichtig.

Das Hochschulkonzept, Herr Prof. Wilke, fordert und fördert die Autonomie und den Wettbewerb der Hochschulen. Auch diesen Weg gehen wir konsequent weiter. Über strukturelle Änderungen, auch über Änderungen der Kultur, wollen wir ein innovatives Klima und eine Aufbruchstimmung für mehr Wettbewerb, mehr Exzellenz und mehr Eigenverantwortung erzeugen.

Wir werden den Prozess der Neuausrichtung der Hochschulen mit den 2004 anstehenden neuen Zielvereinbarungen begleiten. In diesem Prozess bleibt es die politische Verantwortung der Landesregierung, auf die effektive und effiziente Nutzung der Ressourcen durch die Hochschulen zu achten und für ein breit gefächertes Studienangebot in unserem Land zu sorgen. Dafür - dabei bleibe ich - halte ich die Fäden in der Hand.

Der Haushalt 2004, meine lieben Kolleginnen und Kollegen - es ist etwas laut hier im Saal -, bietet den Hochschulen wie dem Wissenschaftsstandort

Nordrhein-Westfalen insgesamt ein solides Fundament, um über die genannten Bausteine Profilbildung, zukunftsfähige Strukturen, mehr Anreize und Qualitätssicherung den Reformprozess erfolgreich zu gestalten.

Im Vergleich zu den eingangs genannten anderen Bundesländern, in denen der Rotstift regiert, schaffen wir Leistungsfähigkeit in der Breite und fördern zugleich die Exzellenz in der Spitze. Deshalb brauchen wir uns nicht zu verstecken. Dafür stehe ich mit dem Hochschulkonzept 2010. Dafür bitte ich um Ihre Unterstützung, und zwar nicht nur für den Haushalt 2004/2005, sondern auch darüber hinaus für die großen gemeinsamen Reformanstrengungen, die wir in den nächsten Jahren noch vollbringen müssen. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Frau Ministerin. - Ich bitte noch einmal um Entschuldigung. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte darauf hinweisen: Die Glocke ist ein Signal, das eine Reaktion Ihrerseits erhofft und erwartet.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur **Abstimmung über Einzelplan 06** entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 13/4806. Wer stimmt dieser Beschlussempfehlung zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Das ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU- und FDP-Fraktion so **angenommen**.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir holen nunmehr die ausgesetzte **Abstimmung zum Einzelplan 15** nach. Es gibt drei Abstimmungen.

Erstens stimmen wir über den **Änderungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/4916** - Stichwort: Förderung der Berufsausbildung - ab. Wer stimmt dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP- und der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Ich lasse nunmehr über den **Änderungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/4917 - Neudruck** - zur Meistergründungsprämie abstimmen, die laufende Nr. 6 der vorliegenden Übersicht. Wer möchte diesem Antrag der FDP-Fraktion zustimmen? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das erneut mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von FDP- und CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Ich lasse nunmehr über den **Einzelplan 15** abstimmen, und zwar entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 13/4815. Wer möchte dieser Beschlussempfehlung folgen? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU- und FDP-Fraktion so **angenommen**.

Ich rufe **Bereich 8** auf:

Verkehr

Damit ist der Einzelplan 8 - Ministerium für Verkehr, Energie und Landesplanung - angesprochen.

Ich weise auf die Beschlussempfehlung in Drucksache 13/4808 hin.

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Hardt für die Fraktion der CDU das Wort. Ich bitte um etwas mehr Ruhe, damit wir dem Kollegen konzentriert folgen können. Bitte schön, Herr Hardt.

Heinz Hardt (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dem Landtag hat die Landesregierung einen Haushaltsentwurf für den Bereich Verkehr vorgelegt, der selbst vor den Koalitionsfraktionen keinen Bestand hatte. Richtigerweise hat der Verkehrsausschuss die von der Landesregierung verminderten Haushaltsansätze im investiven Bereich wieder auf das Niveau von 2003 gebracht.

Auch uns lag viel daran, diese Haushaltsansätze für die Verkehrsinvestitionen im ÖPNV und im Straßenbereich wieder auf den Stand des letzten Haushaltes anzuheben.

Dass die Landesregierung einen Doppelhaushalt für 2004 und 2005 vorlegt und die für unser Land so wichtige Verkehrsinvestition im Bereich ÖPNV mit 9,2 Millionen € und im Straßenbau mit 14,2 Millionen € streicht, zeigt, dass ihr Entwurf die Nöte des Landes nicht erkennt.

(Beifall bei der CDU)

Wer bei den letzten Beratungen zum vorliegenden Verkehrshaushalt die Hoffnung hatte, die geänderte Fassung würde im kommenden Jahr eine Steigerung bzw. Strukturverbesserung bringen, der sah sich getäuscht. In der Verkehrspolitik klappt zurzeit nicht viel, um es positiv zu formulieren.

Der Ministerpräsident möchte zwar das Land Nordrhein-Westfalen auch im Bereich der Verkehrspolitik positiv darstellen; aber es fällt einem verdammt schwer, dies so zu erkennen. Auch Mi-